

**A. da) Berichte**

**01) Brandanschlag in Guthmannshausen**

25.04.2021

**PRESSEMITTEILUNG**

**Brandanschlag auf die Kultur- und Tagungsstätte,**

**in Guthmannshausen, Thüringen**

**am 23.April 2021**

**Am Freitagabend, den 23.04.2021 haben Unbekannte einen schweren Brandanschlag auf das 800-jährige Herrenhaus des Rittergutes in Guthmannshausen verübt.**

**Die dort beheimatete Kultur- und Tagungsstätte, der Sitz des Vereins Gedächtnisstätte, verliert damit zunächst ihren Versammlungsort.**

**Gleichzeitig wurden die Tafeln der auf dem Grundstück befindlichen Gedächtnisstätte für die 12 Millionen zivilen deutschen Toten im und nach dem Zweiten Weltkrieg mit schwarzer Teerfarbe beschmiert.**

**Diese beispiellos infame und menschenverachtende Tat zeigt einmal mehr, wie weit wir uns von der eigenen Geschichte, von einem selbstverständlichen Gedenken, wie es in jedem Volk üblich und möglich ist, entfernt haben. Wir müssen uns fragen, in welcher Welt wir in Zukunft leben wollen.**

**Ein Gebäude kann zerstört werden, eine Idee nicht.**

**Unsere Herzensangelegenheit, die Erinnerung an den deutschen Osten und an das Leid der Menschen wach zu halten, erfährt jetzt einen neuen Impuls.**

**Uns erreicht eine Welle der Solidarität. Die Tagungsstätte wird neu entstehen. Hass und Gewalt haben keine Zukunft. Die Liebe zur Heimat wird obsiegen!**

**Der Vorstand des Vereins Gedächtnisstätte**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich im Namen des Vereins Gedächtnisstätte für den enormen solidarischen Zuspruch aus allen Teilen unseres Landes und auch aus dem Ausland bedanken.

Da wir mehrfach nach einem **Wiederaufbaukonto** gefragt wurden, gebe ich das hiermit bekannt:

Aufbruch Heimat - Stichwort Wiederaufbau Guthmannshausen-

IBAN DE94 8205 5000 0085 0169 42

Außerdem übersende ich einige Bilder, die das Ausmaß der Zerstörung zeigen.

Eine innere Einstellung kann man durch Gewalt nicht stoppen!

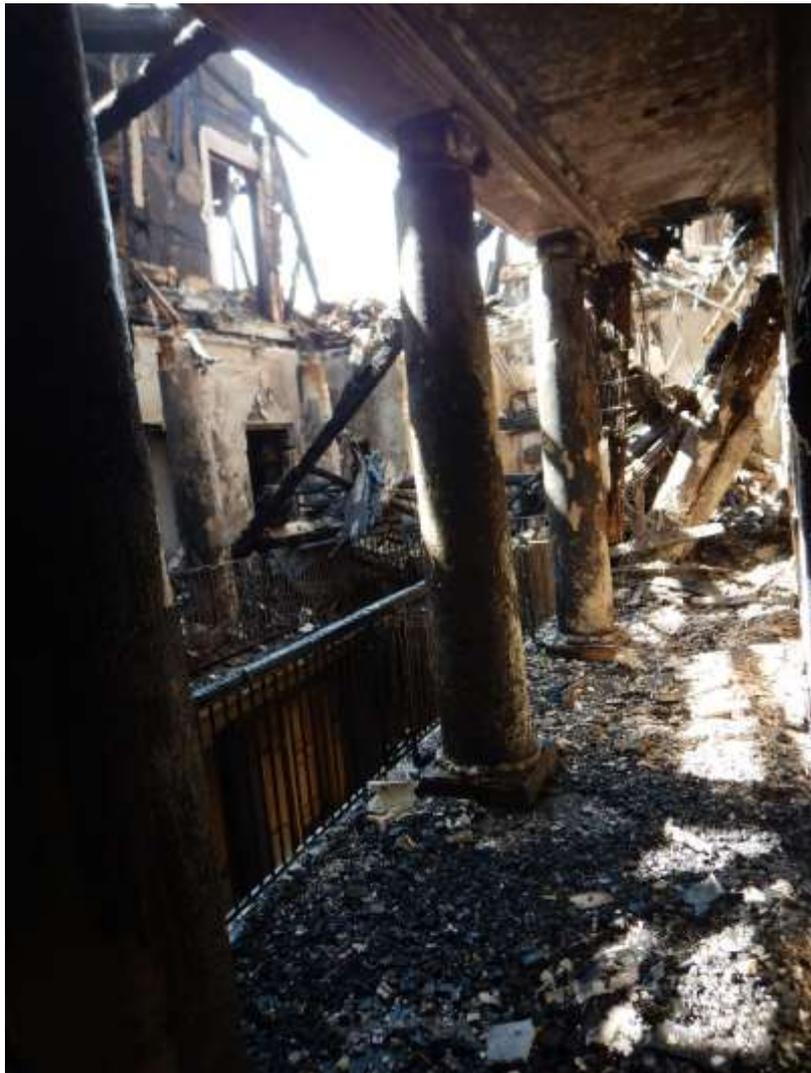
Mit freundlichem Gruß

Vorstand Verein Gedächtnisstätte

Verein Gedächtnisstätte <wolf@schiedewitz.com>

(Über Leser Roger Kunert vom Verein Gedächtnisstätte am 26./28.04.2021. Die obige Pressemitteilung erhielten wir über Karin Zimmermann, [info@AVIADOC.de](mailto:info@AVIADOC.de)).









## Brandanschlag in Guthmannshausen: Einrichtung eines Wiederaufbaukontos

Zunächst möchte sich der [Verein Gedächtnisstätte](#) schon jetzt für den **enormen solidarischen Zuspruch** aus allen Teilen unseres Landes und auch aus dem Ausland bedanken – bekanntlich wurde ja das ehemalige Rittergut Guthmannshausen Ende April durch Brandstiftung schwer zerstört. Da mehrfach nach einem Wiederaufbaukonto gefragt wurde, sei das an dieser Stelle bekannt gegeben:

AUFBRUCH HEIMAT - STICHWORT WIEDERAUFBAU GUTHMANNSHAUSEN-

IBAN: **DE94 8205 5000 0085 0169 42**

[Hier sehen Sie einige Bilder](#), die das ganze **Ausmaß der Zerstörung** zeigen.

Eine innere Einstellung kann man durch Gewalt nicht stoppen!

Der Vorstand Verein Gedächtnisstätte

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 54, 2021

Wien, am 03. Mai 2021





Und so berichtet ein „Spitzenmedium“ der BRD am 25.04.2021:

## 18 | Deutschland & die Welt



### Neonazi-Treffpunkt in altem Rittergut abgebrannt

Erfurt – Das von Rechts-extremen und Neonazis genutzte Rittergut Guthmannshausen bei Sömmerda (Thüringen) ist ausgebrannt. Das Gebäude war

2011 an den von Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck (92) gegründeten Verein „Gedächtnisstätte“ verkauft worden. Seither wird das ca. 1000 Quadratmeter

große Gebäude für rechtsextreme Seminare oder Veranstaltungen genutzt – unter anderem von der extrem rechten „Schlesischen Jugend“. Die Polizei ermittelt, ob

es sich um Brandstiftung handelt. Erst am vergangenen Sonntag war in Sonneberg (Thüringen) ein weiterer Treffpunkt von Rechtsextremisten abgebrannt.

Aus: Bild am Sonntag, 25.04.2021, S. 18.

## 02) Regio Hub-Premiere widmet sich Ostpreußen



### Pressemitteilung

Nr. 06/2021

## Regio Hub-Premiere widmet sich Ostpreußen

Das **Nachwuchsnetzwerk Junge Wissenschaft West-Ost (Juwost)** der **Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen** hat am 21. April sein neues, regionenbasiertes Vortragsformat „Regio Hub“ vorgestellt. Die **Premierenpräsentation** hielt **Lars Fernkorn**, Student der Universität Hamburg, zum Thema „Ostpreußen – Ein kleiner Ritt durch die Geschichte“. Der Online-Vortrag wurde live gestreamt und ist nun auch auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung abrufbar.

Im Zusammenspiel mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) schuf die Kulturstiftung mit dem Nachwuchsnetzwerk Junge Wissenschaft West-Ost ein internationales und interdisziplinäres Forum. Das Netzwerk richtet sich nicht nur an Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Universitäten und Forschungsinstituten, sondern auch an jene, die an Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit, etwa in Landsmannschaften oder Vereinen der deutschen Minderheiten, auch ehrenamtlich aktiv sind. Die Altersgrenze liegt bei etwa 35 Jahren.

Zur Präsentation der Forschungsvorhaben und Ergebnisse der Netzwerkmitglieder wurden nun mehrere Formate geschaffen, die unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Das „Regio Hub“, das am 21. April Premiere feierte, ist dabei auf die Vorstellung von Regionen im östlichen Europa ausgelegt, deren Geschichte mit deutschen Siedlungsräumen zusammenhängt.

Zum Auftakt begrüßte **Thomas Konhäuser**, Geschäftsführer der Kulturstiftung, die Zuschauer und stellte das Nachwuchsnetzwerk Junge Wissenschaft West-Ost und die Arbeit der Kulturstiftung vor. „Macht mit! Die Wissenschaft zum deutschen kulturellen Erbe ist spannend, vernetzt euch, forscht und arbeitet gemeinsam,“ forderte er den wissenschaftlichen Nachwuchs zur Beteiligung auf, denn nur so könne das Wissen um das deutsche kulturelle Erbe in Mittel-, Südost-

Berlin, 23.04.2021

Bonner Geschäftsstelle  
Godesberger Allee 72-74  
53175 Bonn  
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro  
Brunnenstraße 191  
10119 Berlin  
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:  
[presse@kulturstiftung.org](mailto:presse@kulturstiftung.org)  
[www.kulturstiftung.org](http://www.kulturstiftung.org)

und Osteuropa sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion erhalten, vertieft und verbreitet werden. „Wir als Kulturstiftung wollen euch gerne dabei unterstützen und mit verschiedenen Formaten eine Plattform bieten!“

Die Moderation des Vortrags übernahm **Dr. Kathleen Beger**, die das Juwost-Projekt für die Kulturstiftung leitet. Sie stellte auch die weiteren Formate „Science Lab“, das sich mit laufenden Forschungsprojekten befasst, und das kürzere „Spot On“ vor, bei dem weit fortgeschrittene oder bereits beendete Forschungsergebnisse im Gespräch präsentiert werden.

Für den ersten Regio Hub-Vortrag hat sich Juwost-Mitglied **Lars Fernkorn**, der Slavistik und Osteuropastudien in Hamburg studiert, ein Thema ausgesucht, das ihm durch familiäre Wurzeln sehr am Herzen liegt: Ostpreußen. Mit vielen eigenen Fotos schilderte er seine persönlichen Eindrücke von der urtümlichen Landschaft Ostpreußens und stellte die Begriffe „Haff“ und „Nehrung“ vor. Aber besonders Königsberg (Kaliningrad) gilt sein Interesse und so erfuhren die Zuschauer viel Wissenswertes über die ehemalige ostpreußische Hauptstadt. „Die heutige Oblast Kaliningrad hat eine besondere Geschichte“, sagte Lars Fernkorn auf die Frage nach der besonderen Faszination, die die Stadt noch heute ausübt.

Die vielen historischen Brüche, die sich auch heute noch im Stadtbild zeigen, verdeutlichen, dass der Plan, hier eine prototypische Sowjetstadt zu errichten, an der Geschichte des Ortes scheitern musste. Doch diese Brüche müsse man sich als Besucher zunächst erschließen. So etwa, dass der Dom als letztes mittelalterliches Gebäude der Stadt nach seiner Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wohl nur des Grabes von Immanuel Kant wegen nicht komplett abgetragen wurde und so heute wieder als renoviertes Gebäude die Stadt zieren kann.

Mit dem Premierenvortrag „Ostpreußen – Ein kleiner Ritt durch die Geschichte“ von Lars Fernkorn ist dem Juwost-Projekt ein sehr sehenswerter Beitrag zur Popularisierung des Wissens um das deutsche Erbe im östlichen Europa gelungen, der auch als ‚Eisbrecher‘ für die weiteren Formate dienen kann. Das Online-Vortragsprogramm wird demnächst fortgesetzt und das Nachwuchsnetzwerk Junge Wissenschaft West-Ost (Juwost) steht neuen Mitgliedern offen.

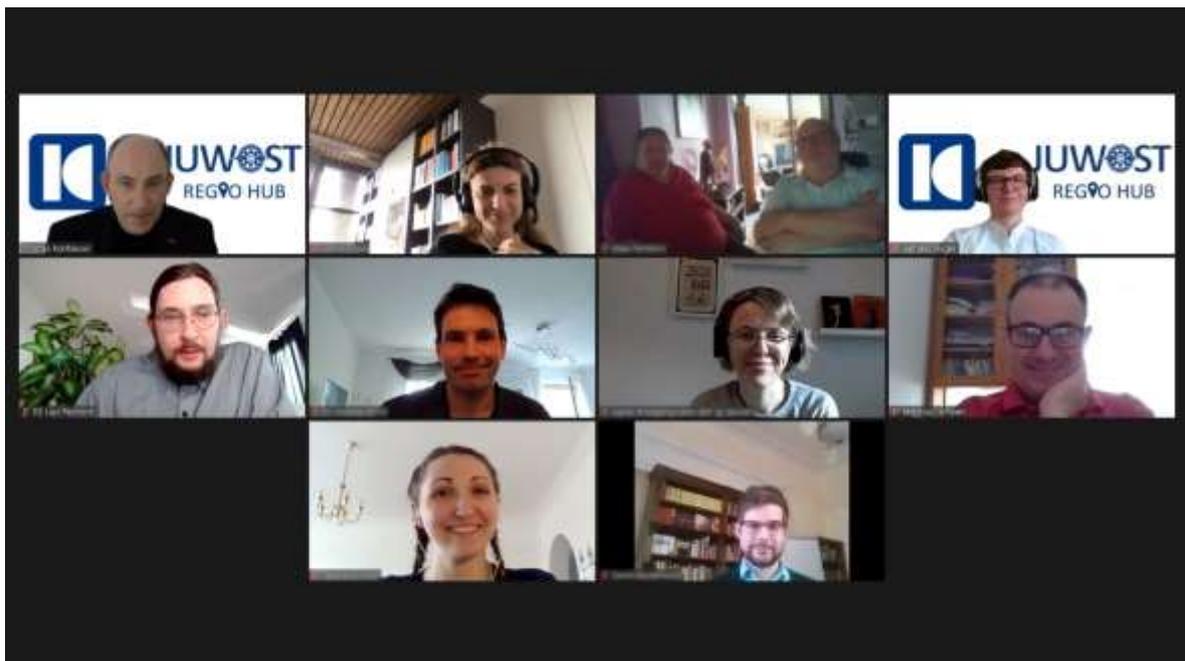
- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Der Vortrag wurde live auf Youtube übertragen und ist auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung als Aufzeichnung abrufbar:

[www.bit.ly/kulturstiftungvideo](http://www.bit.ly/kulturstiftungvideo)

Weitere Informationen zum Nachwuchsnetzwerk Junge Wissenschaft West-Ost gibt es auf der Webseite der Kulturstiftung:

<https://kulturstiftung.org/wissenschaft/junges-netzwerk-wissenschaft>



Netzwerkmitglieder und Zuschauer bei der Regio Hub-Premiere.

Beide Aufnahmen: © Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen



Lars Fernkorn verwies in seinem Online-Vortrag auf die spannende Geschichte des Königsberger Doms

**03) Konferenzreihe „Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mittelosteuropa“ widmet sich Bulgarien, Estland und Ukraine**



## Pressemitteilung

Nr. 07/2021

### Konferenzreihe „Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mittelosteuropa“ widmet sich Bulgarien, Estland und Ukraine

Am 29. April setzten die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ihre seit Oktober 2020 laufende Konferenzreihe „Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mittelosteuropa“ fort. Diesmal standen Estland, Ukraine und Bulgarien in Mittelpunkt. In zehnmütigen Referaten sprachen Expertinnen und Experten über den aktuellen rechtlichen und praktischen Umgang mit Minderheitenrechten in diesen Ländern. Anschließend kam auch das Publikum zu Wort und konnte landesspezifische Problemfälle ansprechen.

Zum Anfang der Online-Konferenz, die live auch auf dem Youtube-Kanal der FUEN gestreamt wurde, fasst der Staats- und Völkerrechtler **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig** die bisherigen Konferenzergebnisse zusammen. Obwohl dies der vorerst letzte Termin sei, gebe es noch viele weitere Länder zu besprechen und so hoffe er auf ein baldiges Wiedersehen mit diesem Konferenzformat, sagte er.

Anschließend sprach **Sylvia Lehmann**, MdB, in ihrem Grußwort über die Bedeutung des Minderheitenschutzes. „Es gilt, Minderheitenpolitik als aktive Friedenspolitik anzugehen“, sagte sie. Gerade in einer Staatengemeinschaft wie der EU, mit über 50 Millionen Angehörigen nationaler Minderheiten, bedeute das, sich vorbehaltlos für Minderheitenrechte zu engagieren. Die gleichberechtigte Teilhabe sei jedoch auch in der EU noch nicht überall selbstverständlich. Die Minority Safepack-Initiative der FUEN stelle daher einen wichtigen Schritt zur Schaffung von europäischen Standards dar und sollte durch die Europäische Kommission erneut aufgegriffen werden.

Danach übernahm **Prof. Dr. Peter Hilpold** von der Universität Innsbruck die Moderation der Veranstaltung. Der Rechtswissenschaftler und Minderheitenrechtsexperte hatte bereits im Februar in diesem Konferenzformat über die rechtliche Lage von Minderheiten in Österreich referiert.

Berlin, 30.04.2021

Bonner Geschäftsstelle  
Godesberger Allee 72-74  
53175 Bonn  
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro  
Brunnenstraße 191  
10119 Berlin  
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:  
[presse@kulturstiftung.org](mailto:presse@kulturstiftung.org)

[www.kulturstiftung.org](http://www.kulturstiftung.org)

**Prof. Vello Pettai**, Direktor des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (ECMI), stellte im ersten Themenblock des Tages die rechtliche Situation des Minderheitenschutzes in Estland vor. Nach der wiedererlangten Unabhängigkeit des Landes 1991 habe Estland historisch gewachsene Systeme der kulturellen Autonomie für seine Minderheiten wiederbelebt, die jedoch bald an ihre Grenzen stießen. Zwar seien das Recht auf die Bewahrung der eigenen ethnischen Identität und Sprache in der Verfassung verankert, besonders die etwa 25 Prozent der Bevölkerung, die sich zur russischen Minderheit zählten, hätten bei der Umsetzung ihrer Sprachenrechte nicht überall im Land die gleichen Chancen, erklärt Pettai.

Der praktischen Umsetzung der gesetzlichen Rechte widmete sich **Natalia Ermakov**, die Vorsitzende der Estnischen Union nationaler Minderheiten. Sie unterstrich, dass alle Minderheiten in Estland die gleichen Möglichkeiten bei der Teilnahme am kulturellen Leben haben und der Staat ihre Aktivitäten fördert. Auch Minderheitensprachen könne man oft im Behördenverkehr nutzen und gerade in der aktuellen Corona-Krise hätten die Ämter mehrsprachige Beratungen angeboten. Im hochgradig digitalisierten Land seien zudem viele Behördenwebseiten mittlerweile dreisprachig und neben Estnisch auch auf Englisch und Russisch verfügbar.

In der anschließenden, offenen Diskussion wurde von Zuschauern die Frage aufgeworfen, ob Estland eine zweite offizielle Landessprache festlegen sollte. Man müsse mehr nach einer Balance im Lande suchen, um nicht durch die einseitige Stärkung des Estnischen andere Sprachen zu verdrängen, wurde angemerkt. Natalia Ermakov stimmte zu, dass die Sprachsituation ausbaufähig ist, gab jedoch zu bedenken, dass es bereits Schulen mit Minderheitensprachenunterricht, Medien und Kulturzentren für die Minderheiten in Estland gibt.

Für die Ukraine konnte **Prof. Dr. Andrij Kudrjačenko** von der Universität Kiew auf ein gesetzlich verankertes Recht auf das Erlernen der Muttersprache in Schulen und Universitäten verweisen. Auch die Ukraine hatte zur Zeit der Sowjetunion eine starke Verschiebung zugunsten der russischen Sprache erlebt. Darum war nach ihrer erneuerten Unabhängigkeit 1991 großer Wert auf die Festigung des Ukrainischen im Alltag gelegt worden. Die etwa 130 Nationalitäten und nationalen Gruppen im Land seien trotz politisch instrumentalisierter Sprachengesetze jedoch weiterhin gesetzlich in der Ausübung ihrer Kultur geschützt.

Die praktische Verwirklichung der staatlichen Vorgaben beleuchtete **Dr. Olena Bogdan**, Direktorin des staatlichen Dienstes der Ukraine für ethnische Angelegenheiten und Gewissensfreiheit. Studien wiesen darauf hin, sagte sie, dass viele Menschen mittlerweile keine eindeutige Identifikation mit einer Volksgruppe anstrebten, sondern sich multiple ethnische Identitäten zueigneten. In der Ukraine seien Informationen und Lehrbücher ebenso in verschiedenen

Sprachen zugänglich wie auch Minderheitenmedien. Die regionale Kompetenz dieser Medien sei gegenüber dem großen Angebot aus dem Ausland ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal.

Insbesondere über die Lage der ungarischen Minderheit in der Ukraine sprach dann **Prof. Dr. István Cserniczkó**, Rektor des Transkarpatischen Ungarischen Hochschulkollegs Ferenc Rákóczi II in Berehowe. Er bedauerte, dass die Ukraine sich nicht an die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen halte. Man habe etwa durch die Schaffung des Amtes eines Beauftragten zum Schutz der Landessprache die Politisierung des Themas vorangetrieben und nun zudem neue Gesetze auf den Weg gebracht, die etwa zweisprachige Orts- und Straßenschilder in Zukunft auch dort verbieten würden, wo es sie heute noch gibt. Damit solle die Wahl der Umgangssprache zum Ukrainischen gelenkt werden.

**Dr. Alexey Pamporov** von der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften erklärte anschließend die rechtliche Lage der Minderheiten in Bulgarien. Die Minderheitenpolitik des Landes basiere auf einem sehr restriktiven Zensus, der eine realitätsnahe Selbstverortung der Befragten nur unzureichend gestatte. Die Zahlen, die so auch an die EU weiterleitet würden, seien dementsprechend wenig aussagekräftig und sorgten für ein verzerrtes Bild der Bedarfslage in Bezug auf Minderheitenschutz. Politische Teilhabe sei durch ein Verbot von ethnisch oder religiös basierten Parteien zudem nur über etablierte Parteien möglich.

Auch **Rakovsky Lashev**, Leitender Diplomat im bulgarischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, sprach über die Einschränkungen im politischen Prozess. Zwar seien Wahlen und Wahlwerbung nur auf Bulgarisch vorgesehen, Diskussionen zu politischen Fragen seien davon aber nicht betroffen. Die Inklusion der Minderheiten sei durchaus gewollt, hänge aber nicht von der Anerkennung als Minderheit ab. Darum definiere man im Land Minderheitensprachen auch als „Muttersprachen“ und Minderheiten als „ethnische Gruppen“.

Zum vorläufigen Abschluss der Konferenzreihe dankten **Éva Adél Péntzes**, FUEN Generalsekretärin, und **Thomas Konhäuser**, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, den Referentinnen und Referenten. Beide betonten die hohe Bedeutung des Minderheitenschutzes und die Notwendigkeit, dieses Thema immer wieder mit aktuellen, vergleichenden Informationen ins Gespräch zu bringen. Thomas Konhäuser brachte dafür die Idee eines zukünftigen Fachsymposiums ein, das die Kompetenzen zu Minderheitenschutz und Volksgruppenrechten in Mittel- und Mitteleuropa bündeln helfen könnte. Zunächst sei aber ein wissenschaftlicher Tagungsband geplant, der die in der Konferenzreihe besprochenen Themenkomplexe sammelt.

Abschließend dankten die Veranstalter dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und dem Amt des Ministerpräsidenten der Republik Ungarn für die Unterstützung der Konferenzreihe.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen



Die Aufzeichnung der Konferenz wird auf den Youtube-Kanälen der FUEN ( <https://bit.ly/3ky0dZl> ) und der Kulturstiftung ( <https://bit.ly/kulturstiftungvideo> ) abrufbar sein.

Weitere Informationen zu den Expertinnen und Experten und zum Konferenzprogramm finden Sie auf: <https://minorityconf.org/>



**MINDERHEITENSCHUTZ  
UND VOLKSGRUPPENRECHTE  
IN MITTEL- UND MITTELOSTEUROPA**

MinderheitenschutzKonferenzApril2021.jpg : „Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz am 29. April (v.l.): Dr. Olena Bogdan, Prof. Dr. István Csernicsekó, Natalia Ermakov, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig, Prof. Dr. Peter Hilpold, Rakovsky Lashev, Sylvia Lehmann, Dr. Alexey Pamporov, Prof. Vello Pettai“

#### **04) Großer Missklang bei der Gedenkfeier zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des III. Schlesischen Aufstandes**

Am Sonntag fanden auf dem **St. Annaberg** die offiziellen Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des III. Schlesische Aufstandes statt. Daran nahm auch Polens Staatspräsident **Andrzej Duda** teil, der zwar neben den Aufständischen auch die deutschen Kämpfer erwähnte, aber kein versöhnendes gemeinsames Gedenken in Aussicht gestellt hat.

Auch die deutsche Minderheit gedachte der Opfer des damaligen Konfliktes und legte Kränze an Gräbern polnischer und deutscher Teilnehmer der Schlacht um den St. Annaberg vor 100 Jahren und wies damit auf ein gemeinsames Gedenken der damaligen Ereignisse hin. [Bitte sehen Sie hier den aktuellen Bericht aus dem „Wochenblatt“](#).

*[http://wochenblatt.pl/grosser-missklang/?fbclid=IwAR2u-zfr-46MeQaJZuQaBVFkqwsmf\\_PZDtYioqbJHSjPclj17BESKSjcBPI](http://wochenblatt.pl/grosser-missklang/?fbclid=IwAR2u-zfr-46MeQaJZuQaBVFkqwsmf_PZDtYioqbJHSjPclj17BESKSjcBPI)*

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 55, 2021

Wien, am 04. Mai 2021



## Großer Missklang

👤 RUDOLF URBAN   🕒 SONNTAG, DER 2. MAI 2021   📁 GESCHICHTE, POLITIK

**Heute (02.05.) fanden auf dem St. Annaberg die offiziellen Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des III. Schlesische Aufstandes statt. Daran nahm auch Staatspräsident Andrzej Duda teil, der zwar neben den Aufständischen auch die deutschen Kämpfer erwähnte, aber kein versöhnendes gemeinsames Gedenken in Aussicht gestellt hat. Dafür plädierte dagegen der Opperlner Bischof Andrzej Czaja.**

Auch die deutsche Minderheit gedachte der Opfer des damaligen Konfliktes und legte Kränze an Gräbern polnischer und deutscher

Teilnehmer der Schlacht um den St. Annaberg vor 100 Jahren und wies damit auf ein gemeinsames Gedenken der damaligen Ereignisse hin. Nach der Kranzniederlegung auf dem St. Annaberger Friedhof, die abseits der offiziellen Feierlichkeiten stattfand, sagte der Vorsitzende des Verbandes deutscher Gesellschaften Bernard Gaida: „Als Vertreter der deutschen Minderheit wollen wir 100 Jahre nach den Kämpfen des III. polnischen Aufstandes in Oberschlesien zeigen, dass wir dazu gereift sind, trotz Unterschiede im historischen Bewusstsein alle Gefallenen zu ehren und für sie zu beten. Das erwarten wir auch von unseren Nachbarn und Staatsvertretern“. (Den gesamten Wortlaut hören Sie im Videobeitrag unten)



wochenblatt.pl • [Abonnieren](#)

Teilen



### Die Worte des Bischofs

Ähnliche Worte fand auch zum Beginn des Gottesdienstes in der Annaberger Basilika der Opperener Bischof Andrzej Czaja. „Alle, die vor hundert Jahren gekämpft haben, waren von der Richtigkeit ihrer

Wahl und ihres Engagements überzeugt. Deshalb sollte man für alle beten, die gefallen sind. Für die, denen das Denkmal des Aufstands gewidmet ist, und für diejenigen, die das Mausoleum auf dem Annaberg ehrte, das kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Auch für die gefallenen Soldaten der hier, um den Frieden zu wahren, stationierten alliierten Truppen.

In seiner Ansprache unterstrich Bischof Czaja auch das Recht auf unterschiedliche Geschichtsauffassung und appellierte für ihre Achtung:

**„Lassen Sie uns auch beten, dass wir in Bezug auf die Ereignisse von vor hundert Jahren die Vielfalt des historischen Gedächtnisses respektieren können, das in den Köpfen und Herzen der Bewohner Schlesiens liegt. Um sich nicht gegenseitig zu verletzen und das, was wir in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland bereits erreicht haben, nicht zu zerstören, was dieses wirklich versöhnende Maß an Versöhnung zwischen der polnischen und der deutschen Nation aufbaut. Um nicht zu zerstören, was die lokale Gemeinschaft in Oberschlesien teilt, um in Harmonie, Frieden, Verständnis und Zusammenarbeit zu leben, wie es vor dem**

**Ersten Weltkrieg war. Dies ist der große Wert dieses Landes. Ich persönlich werde Gott auch bitten, dass die gegenwärtige Zeit der Feier des 100. Jahrestages des dritten schlesischen Aufstandes zu einer spezifischen Form des gemeinsamen Gedenkens an alle Opfer führen wird“.**

### **Versöhnende Töne?**

Während der Feierlichkeiten am Aufständischen-Denkmal unterstrich dagegen Staatspräsident Andrzej Duda den Drang der Schlesier Teil Polens zu werden und beschrieb die Region als wichtiges Element des damals wiedererstehenden Polens. „All das war für Polen nötig, damit es existieren, bestehen und sich entwickeln konnte. Nicht nur aus sozialer sondern auch wirtschaftlicher Sicht. Und unter diesem Aspekt gesehen hatte Oberschlesien eine absolut fundamentale Bedeutung als Industrieregion, als Gebiet mit Ressourcen, als Ort, wo die Wirtschaft sich damals am dynamischsten entwickelt hatte und damit für Hoffnung sorgte auf eine weitere ökonomische Entwicklung“, sagte Duda und unterstrich weiter: „Ich als Präsident der heutigen Republik Polen zeige meine Ehrerbietung den schlesischen Aufständischen. Den Jungen aus schlesischen Städtchen, Familien und Häusern, die für und nach Polen gingen. Die von Polen träumten, es beehrten und Oberschlesien wiedererlangt haben oft damit mit dem Leben bezahlend“.



Andrzej Duda przed Pomnikiem Czynu Powstańczego/ Andrzej Duda vor dem  
Aufständischen-Denkmal.

Foto: Marek Borawski-KPRP

Andrzej Duda erwähnte aber auch die Gefallenen auf der deutschen Seite des damaligen Konfliktes und bezog sich dabei auf die vorhergehende Heilige Messe:

**„Wir haben für alle gebetet. Für alle, die gekämpft haben und gefallen sind ungeachtet dessen, auf welcher Seite sie damals ihr Leben gelassen haben. Ob es Jungen, Männer aus schlesischen Dörfern oder Freikorps-Soldaten aus Bayern gewesen sind, spielt keine Rolle. Vor Gott sind sie gleich und mussten Ihm**

**gleichermaßen über ihr Leben Bericht  
erstatten. Wir als gläubige Menschen,  
Christen beten heute und wir beten für ihre  
Seelen”.**

Im Bezug auf die heutigen Zeiten meinte Andrzej Duda dann, dass sowohl Menschen mit polnischer, polnisch-deutscher sowie deutscher Herkunft gemeinsam im freien Polen leben und sich sowie ihre gegenseitigen Rechte achten. Gleichzeitig übergab Staatspräsident Duda dem Großstrehlitzer Landrat Józef Swaczyna die erste von 100 Gedenktafeln an den III Schlesischen Aufstand. Darauf ist u.a. zu lesen: „Zum Gedenken an die heldenhaften Teilnehmer der drei Unabhängigkeits-Aufstände, die in den Jahren 1919, 1920, 1921 die Angehörigkeit Oberschlesiens zum unabhängigen Polen erkämpft haben.

#### **Nicht befriedigend**

Bernard Gaida, der Vorsitzende des VdG, erinnerte im Kommentar für unsere Zeitung nach den Feierlichkeiten auf dem St. Annaberg an die im Jahr 2019 von Delegierten des VdG beschlossene Resolution, die zum Gedenken an die Opfer beider Seiten des Konflikts aufrief. Die Resolution versendete Bernhard Gaida Anfang April nochmals an Präsident Duda, was vielleicht dessen Worte mitbestimmt hatte. Trotzdem empfindet der VdG-Vorsitzende die Worte des Staatsoberhauptes als unbefriedigend. „Wenn ich nicht die Ansprache von Präsident Komorowski vor 10 Jahren beim 90. Jahrestag des Aufstandes im Kopf hätte, könnte ich die Andrzej

Dudas Worte als Schritt in Richtung eines versöhnenden Gedenkens an die Ereignisse von vor 100 Jahren sehen. Sie sind aber unbefriedigend. Vor allem, weil der Präsident die Kämpfenden auf deutscher Seite nur im Kontext des Gebetes für die Toten erwähnte, aber er sprach z.B. nicht darüber, dass die Verteidiger des deutschen Oberschlesiens ebenso ein Anrecht auf eine solche Haltung hatten. Aus der Ansprache des Präsidenten hörten wir auch einen längst widerlegten Mythos, wonach auf der Seite der Aufständischen nur ober-schlesische Zivilisten und auf der deutschen nur Soldaten aus anderen Regionen Deutschlands gekämpft hätten. Mir gefielen auch nicht die Worte vom Kampf um eine gerechte Aufteilung der Region, denn es waren die Ergebnisse der Volksabstimmung, die über die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens entscheiden sollten, der Aufstand war dagegen ein bewaffnetes Erzwingen einer anderen Aufteilung. Mich wunderte auch der Bezug auf die Worte Johannes Pauls II. aus dem Jahr 1983 ohne zu erwähnen, dass der Papst für eine vielfältige Versöhnung der Region appellierte. Ich weiß natürlich die Worte von der Achtung für die Bewohner Schlesiens, die mit ihrer deutschen Herkunft verbunden sind, zu schätzen“.



Sejmabgeordneter Rysard Galla, VdG-Vorsitzender Bernard Gaida und die Sejmikräte Edyta Gola und Roman Kolek gedachten am Vormittag der Toten beider Seiten des Konfliktes.

Foto: R.Urban

Bernard Gaida unterstreicht dagegen die Bedeutung der Worte des Oppelner Bischofs Andrzej Czaja: „Der Ordinarius sprach eben über den Konflikt als einem für die Region tragischen Bruderkampf, wengleich vorher die Gebiete wegen ihres friedlichen Zusammenlebens der Menschen bekannt gewesen sind. Und was besonders wichtig ist, er appellierte für ein gemeinsames Gedenken dieser Ereignisse. Daher auch dieser große Missklang zwischen beiden Ansprachen“.

Rudolf Urban

📌 TAGS: ANDRZEJ CZAJA, ANDRZEJ DUDA, BERNARD GAIDA, DEUTSCHE MINDERHEIT, GÓRA ŚWIĘTEJ ANNY, MNIEJSZOŚĆ NIEMIECKA, POWSTANIA ŚLĄSKIE, SCHLESISCHE AUFSTÄNDE, ST. ANNABERG